

2025/I/Woh/4 Kreis Wandsbek

Mobilitätsangebote bei Bauvorhaben an die Bedarfe anpassen

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Senat, die sozialdemokratischen Senatorinnen und Senatoren und die SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft werden gebeten, bei der Erstellung des Masterplan Parken zu prüfen,

1) inwieweit die Bezirke auch für Bauvorhaben (Wohnungen und Gewerbe) im bestehenden Planrecht, in Bezug auf die Ermittlung des notwendigen Pkw-Stellplatzbedarfs sowie der ggf. einschlägigen Reduzierungsfaktoren (einschließlich Lagegunst) die Zuständigkeit behalten oder erhalten, die Annahmen der Vorhabenträger zu prüfen und ggf., auch vor dem Hintergrund des Parksuchverkehrs und -drucks im jeweiligen Quartier, im Rahmen des erforderlichen Bedarfs im Einzelfall anzupassen;

2) inwieweit der Bauprüfdienst "Mobilitätsnachweis" entsprechend angepasst werden kann.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft